



## PRESSEINFORMATION

### **Justizministerium: Thesenpapier vergisst Gewaltschutz und Kinderschutz**

Bundesverband MIA legt Stellungnahme zum Sorgerechts-Papier vor

*Berlin, den 03. November 2019* - Der Bundesverband MIA zeigt sich irritiert und enttäuscht über die Vorschläge der Experten-Arbeitsgruppe des Bundesjustizministeriums (BMJV) zur geplanten Sorgerechtsreform.

Verena Wirwohl, stv. Vorsitzende von MIA, resümiert: „Die Thesen lösen kein einziges der bestehenden und oft benannten Probleme im Kindschaftsrecht, sie werfen aber zahlreiche neue auf“, so die Juristin. „Das Sorgerecht ab Geburt für jeden genetischen Vater dürfte Frauen, die von Gewalt, Vergewaltigung oder Stealthing betroffen sind, in neue Angst versetzen, denn sie würden künftig noch schutzloser ihren Peinigern ausgesetzt, solange die Kinder nicht volljährig sind“, so die Einschätzung Wirwohls. „Dabei ist bereits heute die Situation für Opfer von Partnergewalt unzumutbar, da der Gewaltschutz bereits über heutige Umgangsrechte von Vätern ausgehebelt wird. Diese Schutzlosigkeit würde in Folge der Thesen deutlich ausgedehnt werden.“

Ebenso kritisiert der Verband, dass die Arbeitsgruppe des BMJV weiterhin an der Vorstellung einer herzustellenden Elterngerechtigkeit festhält anstatt sich an Kindesbedürfnissen zu orientieren. Wirwohl: „Es geht nicht um einen Kuchen oder Hausrat, der aufgeteilt werden soll, sondern um Kinder, deren Bedürfnisse berücksichtigt werden wollen. Die Arbeitsgruppe hat die Chance vertan, den unbestimmten Begriff Kindeswohl endlich einmal klarer zu konturieren und damit Kinderrechte zu stärken. Im Kontext ihrer Thesen führt das zu einer weiteren Verwässerung des Begriffs Kindeswohls und öffnet damit willkürlicher Auslegung Tür und Tor.“

Nun hat der Bundesverband MIA eine Stellungnahme zum Thesenpapier des BMJV vorgelegt, in dem er seine Kritikpunkte auflistet und die Folgen der Vorschläge aufzeigt, würden diese so umgesetzt. Download der Stellungnahme unter [bit.ly/MIA-BMJV-stn-1119](https://bit.ly/MIA-BMJV-stn-1119)

Die Arbeitsgruppe des BMJV hatte vergangene Woche ein Thesenpapier mit Empfehlungen zur Sorge- und Umgangsrechtsreform veröffentlicht.

#### Pressekontakt:

MIA - Mütterinitiative für Alleinerziehende e.V. i.G. | Bundesgeschäftsstelle Berlin  
% Frieda Frauenzentrum e.V.  
Proskauer Str. 7  
10247 Berlin  
[presse@die-mias.de](mailto:presse@die-mias.de)

## **MIA – Mütterinitiative für Alleinerziehende e.V. i.G.**

Bundesgeschäftsstelle Berlin • [www.die-mias.de](http://www.die-mias.de) • [hallo@die-mias.de](mailto:hallo@die-mias.de)

### Über MIA – Mütterinitiative für Alleinerziehende e.V. i.G.

MIA entstand aus der digitalen Vernetzung alleinerziehender Mütter. Sie wollten über den reinen Erfahrungsaustausch hinaus selbst aktiv werden: die Öffentlichkeit verstärkt über die Missstände und großen Hürden ihrer Lebenssituation aufklären, der Politik wichtige Impulse geben und selbst politisch arbeiten, um die teils erschreckend prekäre Lage von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern zu verbessern. Dafür schlossen sie sich Ende 2017 zu MIA zusammen. Seit 2018 hat die bundesweite Initiative, deren lockere Basis rund 2.000 betroffene Mütter in verschiedenen assoziierten Gruppen umfasst, ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Die Website ist unter [www.die-mias.de](http://www.die-mias.de) zu finden.